

6/1996

Generalsekretär Peter Hintze:

## Nach Kräften unterstützen

**Wirtschaft, Arbeit, Zukunft.**

**Gemeinsam  
für  
Deutschland.**

**CDU**

Dokumentation: Gemeinsam für Deutschland. Offensive für Wachstum und Beschäftigung. Musterrede zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland. Grüner Teil

„Gemeinsam für Deutschland“ – unter diesem Motto steht eine Aktion der CDU, die Generalsekretär Peter Hintze am 12. Februar gestartet hat. Sie soll um Zustimmung zu den geplanten Regierungsvorhaben für Investitionen und Arbeitsplätze werben.

**Um der Aktion zum Erfolg zu verhelfen, ist die CDU zu engagiertem Einsatz und kräftiger Unterstützung aufgerufen.**

Im Rahmen der Aktion stehen Anfang März zusätzlich zu dem Aktions-Plakat (Abb. links), der Wandzeitung (Rückseite dieser Ausgabe) und der Musterrede (Dokumentation dieser Ausgabe) folgende Materialien zur Verfügung:

- **Broschüre** „Vorrang für Beschäftigung“
- **Handreichung** „Sparen und Gestalten“ und ein
- **Massenverteilmittel** ■

## Nie wieder Zusammenarbeit mit den Feinden der Demokratie

### Generalsekretär Peter Hintze zur Vereinigung von SPD und KPD zur SED vor 50 Jahren:

Vom Zusammenschluß zwischen SPD und KPD im Jahre 1946 über das gemeinsame Papier von SPD und SED aus dem Jahre 1987 bis hin zum Magdeburger Tabu-Bruch aus dem Jahre 1994 gibt es eine Kette politischer Abirrungen der Sozialdemokraten hin zu den Feinden der Demokratie. Es ist mehr als traurig, daß die Sozialdemokraten jetzt in geschichtsklitterischer Weise die deutliche Zustimmung aus den eigenen Reihen zur Vereinigung mit der KPD nicht mehr wahrhaben wollen und von einer „Zwangsvereinigung“ sprechen. Der 50. Jahrestag des

Zusammenschlusses von SPD und KPD zur SED erfährt seine traurige Krönung durch die SPD-PDS-Kooperation in Sachsen-Anhalt. Mit der Fortführung der PDS-tolerierten SPD-Minderheitsregierung in Magdeburg verleugnen die Sozialdemokraten die Vergangenheit. Die Opfer von Mauer und Stacheldraht, von Stasi-Terror und Willkürherrschaft müssen sich noch nachträglich ins Unrecht gesetzt fühlen, wenn eine SPD-Regierung sich heute wieder auf SED-Kräfte unter dem Namen PDS stützt. Die richtige Erkenntnis aus der Vereinigung von SPD und KPD muß sein: nie wieder Zusammenarbeit mit den Feinden der Demokratie.

### ● Teilzeitarbeit

Altersrente und Altersteilzeit: Altersteilzeitarbeit löst Frührente ab. Seite 4-7

### ● Beschäftigung

Der Arbeitsmarkt im Januar 1996. Seite 8

Über 258.000 Langzeitarbeitslose untergebracht. Seite 10

### ● Ehrenamt

Jugend engagiert sich in hohem Maße für unser Gemeinwesen. Seite 11

### ● CDU Hessen

85. Landesparteitag in Bad Soden: Manfred Kanther wiedergewählt. Frauen-

## HEUTE AKTUELL

präsenz massiv erhöht. Seite 12

### ● Verteidigung

Die Allgemeine Wehrpflicht ist ohne überzeugende Alternative. Seite 15

### ● Umweltschutz

Bundesumweltministerin Angela Merkel: Deutschland hat den Weg in die Kreislaufwirtschaft eingeschlagen. Seite 16

### ● Schulbildung

Herbert Reul: Unüberhörbares Alarmsignal – Umdenkungsprozeß muß beginnen. Seite 19

### ● Europa

Die Agenda von morgen. EVP-Vorstand tagte in Brüssel. Seite 20

Gentechnisch hergestellte Lebensmittel: Europäische Regelung einer Kennzeichnung immer dringender. Seite 22

### ● Medienpolitik

Anton Pfeifer: Kategorisch abgelehnt. Zur Entscheidung des Europäischen Parlaments über Fernsehrichtlinie. Seite 25

### ● Ausbildung

Hannelore Rönisch: Bauberufe haben Zukunft. Seite 26

**D**ie Bilanz von rot-grünen Koalitionen ist eindeutig: Wo immer rot-grüne Koalitionen bisher regiert haben, waren sie nicht in der Lage, positive Zukunftsperspektiven für die Menschen zu entwickeln. Statt dessen führten rot-grüne Blockadebündnisse in aller Regel zu aufgeblähten Personalhaushalten, zu gestiegenen Schulden, zu einer drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und zu einer gefährlichen Vernachlässigung von Polizei und Verfassungsschutz.

### Beispiele aus Hessen

- Nur 4 Wochen nach Verabschiedung des Landesetats 1995 mußte die rot-grüne Koalition in Hessen einräumen, daß im Haushalt 1995 ein Loch von mehreren hundert Millionen DM klaffen.

- Die Schuldenlast in Hessen droht bis 1997 auf 42 Mrd. DM zu steigen. Das ist ein Anstieg um 50% in sechs Jahren. Einer der Gründe: eine massive Aufblähung der Ministerialbürokratie.

### Beispiele aus Niedersachsen

- Die rot-grüne Koalition in Niedersachsen (1990-1994) hat den Landeshaushalt völlig ruiniert. Das Land ist heute praktisch bankrott. Die Wahlversprechen wurden reihenweise einkassiert

- Die Investitionen in Niedersachsen sind unter Rot-Grün so stark gesunken, daß das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung in einem Gutachten von einem „dramatischen Rückgang“ und einem wahren „Investitionseinbruch“ sprach. Die Folge: mehr Arbeitslose.

### Beispiele aus NRW

- In Nordrhein-Westfalen blockieren die Grünen in der rot-grünen Streitkoalition

wichtige Infrastruktur-Entscheidungen. Notwendige Straßen werden nicht mehr gebaut, Zukunftstechnologie unter Generalverdacht gestellt.

### Beispiele aus Sachsen-Anhalt

- Die rot-grüne Landesregierung war nicht in der Lage, investive Mittel des Landeshaushaltes zügig bereitzustellen. So wurden 1994 über 700 Mio. DM nicht ausgegeben. Im ersten Halbjahr 1995 sind lediglich 20% der zur Verfügung stehenden Investitions- und Fördermittel abgeflossen, was sich vor allem zum Nachteil der mittelständischen Unternehmen ausgewirkt hat.

## Was Sie über rot-grüne

## Koalitionen wissen sollten

- Gemeinsam mit der PDS beschloß die rot-grüne Minderheitsregierung die drastische Verkleinerung des Landesamtes für Verfassungsschutz von 131 auf 80 Mitarbeiter. Der Leiter des Amtes: „Wenn wir insgesamt 51 Stellen abgebaut haben, kann von einem funktionsfähigen Landesamt für Verfassungsschutz nicht mehr die Rede sein.“ (Magdeburger Volksstimme, 7. 4. 95)

**Rot-Grün sei kein „Schreckgespenst“ mehr, so wird manchmal behauptet. In Wahrheit ist es schlimmer:**

**Rot-Grün ist kein Gespenst, sondern eine ganz reale Gefahr, eine Gefahr für Wirtschaftswachstum, Arbeitsplätze und Sicherheit. Rot-Grün kann die Zukunft nicht gewinnen. Rot-Grün verspielt Zukunft, zu Lasten der betroffenen Menschen.**

## Altersrente und Altersteilzeit

# Altersteilzeitarbeit löst Frührente ab

Am 12. Februar 1996 haben sich die führenden Vertreter von Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften unter Leitung von Bundeskanzler Helmut Kohl auf ein neues Konzept zur Frühverrentung verständigt. Das Bundeskabinett verabschiedete am 14. Februar 1996 die Eckpunkte eines Gesetzes zur Förderung der Teilzeitarbeit älterer Arbeitnehmer und zur Korrektur der Frühverrentungspraxis.

Damit werden neue Chancen geschaffen, um den Übergang von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand sanfter und nicht abrupt vorzunehmen. Dazu müssen die Betriebe

die Altersteilzeitarbeitsplätze schaffen. Unsere Rentenversicherung wird sicherer gemacht, indem die Altersgrenze für diejenigen angehoben wird, die wegen Arbeitslosigkeit schon mit 60 in Rente gehen können. Die Zahl der Frührentner hat sich von 1991 mit 54.000 Frührentnern auf fast 300.000 1995 erhöht. Dies allein kostet die Rentenversicherung 38 Milliarden Mark. Mit der von Gewerkschaften und Arbeitgebern bei Bundeskanzler Helmut Kohl erarbeiteten Neuregelung können ältere Arbeitnehmer länger in der betrieblichen Gemeinschaft mit jüngeren Arbeitskollegen bleiben und dennoch weniger arbeiten als die jüngeren.

### Die Eckpunkte lauten:

## Förderung des gleitenden Übergangs von Arbeitnehmern in den Ruhestand

Arbeitgeber und Gewerkschaften werden gemeinsam zügig die erforderlichen sozialversicherungspflichtigen Altersteilzeitarbeitsplätze schaffen. Wer 55 Jahre und älter ist, kann ab dem 14. Februar 1996 in die sogenannte Altersteilzeitarbeit gehen. Sie ist die Grundlage für die Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen für die neue Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit.

Für fünf Jahre (1996 bis 2001) gibt es eine Anschubfinanzierung für Altersteilzeit. Die Bundesanstalt für Arbeit zahlt dem Arbeitgeber fünf Jahre lang einen Zuschuß in

Höhe von 20 Prozent des Arbeitslohns, so daß die betroffenen Arbeitnehmer 70 Prozent des bisherigen Nettoeinkommens erhalten. Für 50 Prozent der Arbeitszeit erhalten Arbeitnehmer 70 Prozent des letzten Vollzeitnettoentgelts. Der Aufstockungsbeitrag von 20 Prozent des Arbeitsentgelts ist steuer- und sozialabgabenfrei.

Für diese Arbeitnehmer sind Rentenversicherungsbeiträge von mindestens 90 Prozent des letzten Bruttoverdienstes als Vollzeit-Arbeitnehmer vorgeschrieben. Den Differenzbeitrag zur Rentenversicherung zahlt das Arbeitsamt. Damit erwirbt sich

der Teilzeitbeschäftigte in etwa einen gleich hohen Rentenanspruch, wie er ihn als Vollzeitbeschäftigter erworben hätte. Diejenigen, die vom frühestmöglichen Zeitpunkt (60 Jahre) diese Altersrente beziehen wollen und keine Kürzung ihrer Rente ab 1997 hinnehmen möchten, können freiwillig mit zusätzlichen Beiträgen die Kürzung ausgleichen. Diese Möglichkeit bestand bisher nicht.

Die Aufstockung durch das Arbeitsamt erfolgt aber nur unter der Voraussetzung,

- daß der freiwerdende Arbeitsplatz auch durch einen Arbeitslosen oder durch Übernahme eines Ausgebildeten wiederbesetzt wird,

- daß der ältere Arbeitnehmer seine Arbeitszeit auf die Hälfte der Vollzeitbeschäftigung reduzieren läßt. Dabei muß er mindestens 18 Stunden wöchentlich weiter arbeiten.

### **Altersrenten wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit**

Die bisherige Altersrente wegen Arbeitslosigkeit wird unter Wahrung des Vertrauensschutzes in eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit umgestaltet.

Wer bis zum 13. Februar 1996 über 55 Jahre alt und Arbeitnehmer ist und einen Sozialplan oder Aufhebungsvertrag mit seinem Arbeitgeber vereinbart hat, erhält

*Ich habe nie verstanden, warum Menschen wie Maschinen behandelt werden; bis zum letzten Tag volle Arbeitszeit, am nächsten Tag erster Tag Ruhestand – Null. Das ist nicht menschlich, daß ist nicht sozial. Wir schaffen neue Chancen, daß der Übergang von der Erwerbsarbeit in den Ruhestand sachte und nicht abrupt vorgenommen wird. Dazu müssen freilich auch die Betriebe die Arbeitsplätze schaffen.*

*Das könnte ein großer Schub für die Teilzeit werden. Zweitens, und das ist für mich ganz wichtig in der Aufge­regtheit dieser Tage: daß unsere gute Rentenversicherung sicherer gemacht wird, daß sie vor dem Ausbluten geschützt wird. Dafür muß die Altersgrenze angehoben werden für die, die wegen Arbeitslosigkeit schon mit 60 in Rente gehen können.*

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, DLF, 13.2.96

unverändert die alte Frührente ohne Abschläge ab 60 Jahre. Für ihn gilt der Vertrauensschutz. Damit bleibt es für drei Gruppen bei der bisherigen Regelung:

- 1 Alle, die mindestens 55 Jahre alt und arbeitslos sind (im gesamten Bundesgebiet derzeit rund 489.000 Männer).
- 2 Alle, die mindestens 55 Jahre sind und mit ihrem Arbeitgeber bereits vor dem 14. Februar 1996 eine Abmachung getroffen

Versicherte (Geburtsmonat/-jahr)	Vollendung des 60. Lebensjahres	Altersgrenze angehoben auf	Höhe der Rentenminderung bei Rente ab 60 Jahre
Dezember 1937	Ende 1997	61 Jahre	3,6 Prozent
Dezember 1938	Ende 1998	62 Jahre	7,2 Prozent
Dezember 1939	Ende 1999	63 Jahre	10,8 Prozent

Warum in Rente?		
Rentenneuzugänge 1994 in Deutschland		
<b>Männer</b> <b>623.198</b>	Insgesamt davon in %	<b>Frauen</b> <b>521.462</b>
25%	Regelaltersgrenzen (65 Jahre)	38%
20%	Flexible Altersrenten*	4%
27%	Rente wegen Arbeitslosigkeit	3%
28%	Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten	20%
entfällt	Altersrente für Frauen (mit dem 60. Lebensjahr)	37%

\*Renten an langjährig Versicherte sowie Berufs- oder Erwerbsunfähige vor Erreichen der Regelaltersgrenze

haben, daß sie vor dem 60. Geburtstag aus dem Arbeitsleben ausscheiden.

③ Auch für rund 12.000 Arbeitnehmer im Bereich der Eisen- und Stahlindustrie, die mindestens 52 Jahre alt sind, bleibt es bei der bisherigen Regelung.

Die Anspruchsvoraussetzungen für eine Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeit können durch Arbeitslosigkeit oder durch eine mindestens 24-monatige Altersteilzeit erfüllt werden.

Der Arbeitnehmer kann die Rente als Teilrente oder Vollrente beziehen. Ab 1997 wird die Altersgrenze in jährlichen Schritten auf 63 Jahre erhöht: 1997 auf 61 Jahre, 1998 auf 62 Jahre und 1999 auf 63 Jahre.

Weiterhin bleibt der Bezug einer Rente ab dem 60. Lebensjahr möglich. Dann werden versicherungsmathematisch errechnete

*Arbeitgeberpräsident Klaus Murmann zeigte sich befriedigt, daß durch das neue Modell die Rentenkassen und damit die Lohnzusatzkosten um Milliarden entlastet würden. Wichtig sei, daß die Arbeitnehmer künftig in das Alter hineingeleitet könnten, statt abrupt aus dem Arbeitsleben herausgerissen zu werden.*

AP 13. Februar 1996

te Abschläge möglich. Diese können durch vorherige zusätzliche Beitragszahlungen verringert oder vermieden werden, z. B. aus Sozialplanmitteln.

Für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme der Rente wird diese um 0,3 Prozent gekürzt. Wer also drei Jahre früher in Rente geht, muß einen Abzug von 10,8 Prozent seiner Altersrente in Kauf nehmen.

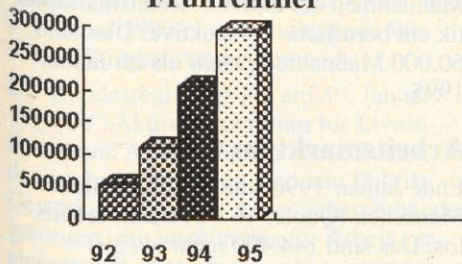
## Fakten zur Situation

Seit 1992 ist die Zahl der neuen Frührentner stark gestiegen: Von 54.000 über 112.000 (1993) auf 204.000 (1994). 1995 gab es 290.000 Neuzugänge.

Die Kosten für 100.000 Frührentner mit vorhergehender Arbeitslosigkeit werden auf 21,9 Milliarden Mark geschätzt. Davon tragen die Arbeitgeber nur 1,8 Milliarden Mark, die Arbeitslosenversicherung dahingegen 9,2 Milliarden und die Rentenversicherung sogar 12,7 Milliarden Mark. Die bisherige Praxis der Frühverrentung wird vor allem aus den Kassen der Sozialversicherungen gezahlt. Die Arbeitgeber, die nur einen geringen Teil übernommen haben, wälzen die Kosten des betrieblichen Arbeitsplatzabbaus damit zu großen Teilen auf die Versicherten ab. Nur ein Viertel der Männer geht im Regelren-

tenalter in Rente – drei Viertel scheiden früher aus dem Berufsleben aus. Das hat Auswirkungen auf die Rentenkasse, denn wer früher in Rente geht, zahlt weniger ein und erhält länger Rente.

**Frührentner**



**Alte Regelung**

Bei der sogenannten Frühverrentung wegen Erwerbslosigkeit nutzen Arbeitgeber – vor allem Großunternehmen – und Beschäftigte eine Regelung aus dem Arbeitsförderungs-gesetz. Danach kann mit 60 Jahren in Rente gehen, wer vorher längere Zeit arbeitslos war und nicht vermittelt werden kann. Unter Umgehung des besonderen Kündigungsschutzes werden ältere Beschäftigte weit vor Erreichen der regulären Altersgrenze entlassen. Zunächst erhalten sie Arbeitslosengeld oder -hilfe,

*Der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Dieter Schulte, hob hervor, daß sich die Arbeitgeber verpflichtet hätten, junge Leute und Arbeitslose in dem Maße einzustellen, wie Ältere gleitend in den Vorruhestand gingen. Die Einigung sei ein Schritt in die richtige Richtung, müsse nun aber noch umgesetzt werden.*

ddp 13. Februar 1996

häufig auch Abfindungen, und schließlich eine Rente ohne Abschläge.

Seit Ende 1988 gibt es keine gesetzliche Vorruhestandsregelung mehr. Der im Mai 1984 befristete eingeführte „Vorruhestand“ hatte Arbeitnehmern von 58 Jahren an bei entsprechenden Tarifverträgen den vorzeitigen Rückzug aus der Arbeitsstelle ermöglicht. Bis zum frühestmöglichen Altersrentenbeginn (Männer 63, Frauen 60 Jahre) zahlte der Arbeitgeber „ein Vorruhestandsgeld“. Erreichte es mindestens 65 Prozent des letzten Bruttoentgelts und wurde die freigewordene Stelle mit einem Arbeitslosen besetzt, erhielt der Arbeitgeber vom Arbeitsamt einen 35 prozentigen Zuschuß zum Vorruhestandsgeld. Das Instrument „Vorruhestand“ wurde mit 100.000 Teilnehmern nur mäßig genutzt.

**Jahresbericht '95 der Konrad-Adenauer-Stiftung**

Mehr als 130.000 Menschen haben im letzten Jahr die Chance wahrgenommen, durch persönlichen Kontakt und die Teilnahme an Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung zu erfahren, wie groß der Nutzen für die Gemeinschaft ist, wenn finanzielle Mittel sinnvoll eingesetzt werden.

Mit detaillierten Nachweisen im einzelnen drückt die Stiftung ihren Willen zur Transparenz aus und versäumt auch nicht, mit Stolz auf die geleistete Arbeit

im In- und Ausland zu verweisen und auf das hohe professionelle Niveau, für das die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stiftung stehen.

Der Jahresbericht '95 sowie eine Zusammenstellung der "Publikationen 1996" können kostenlos bei der Konrad-Adenauer-Stiftung bezogen werden:

**Rathausallee 12,  
53757 Sankt Augustin,  
Fax: 02241/246-479.**

# Der Arbeitsmarkt im Januar 1996

**Im Januar 1996 stieg die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland auf 4,16 Millionen Personen und erreichte damit den bisherigen Höchststand nach dem Krieg. Dies sind 370.000 Erwerbslose mehr als im Monat zuvor.**

Die Arbeitslosenquote lag somit bei 10,8 Prozent in Deutschland. Ursache für diesen hohen Anstieg ist neben dem stockenden Wirtschaftswachstum und der abnehmenden Entlastung durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen die anhaltende kalte Witterung, die zu erheblichen Entlassungen im Baubereich geführt hat. Die zügige Umsetzung des „Aktionsprogramms für Investitionen und Arbeitsplätze“ der CDU-geführten Bundesregierung und seine Unterstützung durch Beiträge der Tarifparteien ist um so dringlicher.

Im Jahreswirtschaftsbericht 1996 wird mit einer Zunahme der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr um 250.000 bis 300.000 gerechnet.

Im Januar 1996 gingen 12.000 Stellenangebote mehr als im Januar 1995 bei den Arbeitsämtern ein. Insgesamt waren es 263.900 Stellenangebote.

## Arbeitsmarkt im Westen

Ende Januar 1996 waren in den alten Bundesländern 2,9 Millionen Menschen (Quote: 9,4 Prozent) arbeitslos. Besonders häufig meldeten sich Arbeitnehmer aus dem Bauhauptgewerbe arbeitslos (plus 50 Prozent, insgesamt rund 89.000). Gleichzeitig verminderte sich der Stellenbestand im Verlauf des Jahres 1995 in den Fertigungsberufen überdurchschnittlich (minus 40 Prozent). 838.900 Menschen waren arbeitslos.

Im Januar 1996 beendeten 395.000 Menschen ihre Arbeitslosigkeit. Ein Drittel der Zunahme beruht auf mehr Arbeitsvermitt-

lungen durch die Bundesanstalt für Arbeit und Vermittlungen in Weiterbildungen.

660.000 Arbeitnehmer erhielten durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein berufliche Perspektive. Dies sind 60.000 Maßnahmen mehr als im Januar 1995.

## Arbeitsmarkt im Osten

Ende Januar 1996 waren 1,26 Millionen Menschen (Quote: 16,8 Prozent) arbeitslos. Das sind 144.400 mehr als im Dezember 1995.

Insgesamt meldeten sich 308.900 Menschen arbeitslos. Knapp die Hälfte des Anstiegs beruht auf dem Bauhauptgewerbe. Die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter stieg auf 65.600 (plus 71 Prozent). Ebenso wie in den alten Bundesländern nahmen auch in den neuen Bundesländern im Fertigungsbereich die Stellen um 26 Prozent ab.

164.600 Menschen beendeten ihre Arbeitslosigkeit. Die Stellenvermittlungen in beschäftigungsschaffende Maßnahmen nahmen stark ab, insbesondere in Maßnahmen nach § 249 h Arbeitsförderungsgesetz (produktiver Lohnkostenzuschuß Ost).

800.000 Arbeitnehmer erhielten durch Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik ein berufliche Perspektive. Dies sind 350.000 Maßnahmen weniger als im Januar 1995.

## Konsequente Fortsetzung des Dialogs

In einer Sozialen Marktwirtschaft kann die Politik alleine Vollbeschäftigung nicht garantieren. Löhne, Arbeitsbedingungen, Arbeitszeiten und im übrigen mehr als die Hälfte der Lohnzusatzkosten werden



durch die Tarifpartner vereinbart. Daher ist es entscheidend, daß Politik, Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften in die gleiche Richtung gehen. Hier haben die CDU-geführte Bundesregierung, die Wirtschaftsverbände und die Gewerkschaften mit dem „Bündnis für Arbeit“ am 23. Januar 1996 eine grundlegende Weichenstellungen vorgenommen.

Die Bundesregierung hat am 30. Januar 1996 ihr „Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätzen“ beschlossen. In den nächsten Monaten sind nun Politik, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände gefordert, die im Bündnis für Arbeit vereinbarten Punkte gemeinsam umzusetzen.

### **Aktive Arbeitsmarktpolitik bietet auch weiterhin Perspektiven**

Aufgrund des strukturellen Umbruchs auf dem Arbeitsmarkt kommt der Qualifizierung eine besondere Bedeutung zu. Im Vergleich von 1982 zu 1996 erhöht sich im Jahresdurchschnitt die Zahl der Teilnehmer an Aus- und Weiterbildung in Deutschland von 265.000 auf 480.000. Mit 15,7 Milliarden Mark (1995: 15,4 Milliarden Mark) werden die Teilnehmer für die berufliche Zukunft durch berufliche Fortbildung und Umschulung gemacht.

Rund 80.000 Menschen in den alten und 190.000 Menschen in den neuen Bundesländern werden 1996 an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen teilnehmen.

### **Arbeitsvermittlungen steigen**

1995 erhielten 3.208.900 Menschen eine Stelle über das Arbeitsamt vermittelt. Erfahrungsgemäß werden zwei Drittel der Stellen ohne das Arbeitsamt besetzt.

### **Existenzgründungen durch Arbeitslose steigen**

Mit dem zum 1. August 1994 in Kraft getretenen Arbeitsförderungs-gesetz wurden

die Förderkonditionen für Existenzgründungen durch Arbeitslose erheblich verbessert. Das Bewilligungsverfahren wurde vereinfacht, die Bezugsdauer auf 26 Wochen erhöht.

Mit rund 46.000 in den alten und 24.000 in den neuen Ländern geförderten Existenzgründern hat sich die Zahl der Existenzgründer, die das sogenannte Überbrückungsgeld zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit erhielten 1995 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt.

Die Bundesanstalt für Arbeit zahlte dafür rund 822 Millionen Mark an Überbrückungsgeld und Zuschüssen zu Aufwendungen zur Krankenversicherung und Altersversorgung.

Die Existenzgründungen erfolgten hauptsächlich im Handel, bei Vertretungen, Dienstleistungen und freiberuflichen Tätigkeiten (z.B. Ingenieurbüros). Bezogen auf 100 geförderte Existenzgründer, gab es 53 weitere Betriebsangehörige.

### **Sozialkassen entlasten – Frühverrentung begrenzen**

Seit 1992 ist die Zahl der neuen Frührentner stark gestiegen: Von 54.000 über 112.000 (1993) auf 204.000 (1994). 1995 gab es insgesamt 290.000 Neuzugänge.

Der „goldene Handschlag“ wird für ältere Arbeitnehmer in vielen Unternehmen mehr und mehr zur Regel. Nach einer Modellrechnung des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung belastet jedoch ein Arbeitnehmer, der mit 58 Jahren freigesetzt wird, anschließend 24 Monate Arbeitslosengeld und dann drei Jahre Altersrente wegen Arbeitslosigkeit bezieht, die Sozialkassen mit 219.000 Mark.

Hochgerechnet auf 100.000 Arbeitnehmer sind dies Lasten in Höhe von 21,9 Milliarden Mark, davon 9,2 Milliarden Mark für die Bundesanstalt für Arbeit und 12,7 Milliarden für die Rentenversicherung. ■

## Über 258.000 Langzeitarbeitslose untergebracht

**Im Rahmen einer selbst gesetzten Schwerpunktaufgabe haben die Arbeitsämter im letzten Jahr 258.400 Langzeitarbeitslose und von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohte wieder in Arbeit gebracht.**

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, der diese Zahlen in Nürnberg nannte, verwies darauf, daß dies in den meisten Fällen ohne finanzielle Hilfen gelungen ist, „weil auch unter den Langzeitarbeitslosen viele gut qualifizierte und engagierte Arbeitnehmer sind“.

In zwei Vermittlungswellen, im Frühjahr und Herbst 1995, haben die Arbeitsvermittler bei Außendiensten in Betrieben rund 750.000 geeignete Bewerberinnen und Bewerber zur Einstellung vorgeschlagen, von denen rund ein Drittel schließlich zum Zug kam. Darunter waren knapp 14.000 Schwerbehinderte.

Die finanziellen Förderleistungen der Arbeitsämter wurden auf Bewerber konzentriert, die es ohne diese Hilfe nicht geschafft hätten. Hervorzuheben sind hier vor allem 54.000 Lohnkostenzuschüsse aus dem 3-Milliarden-Mark-Programm der Bundesregierung

„Aktion Beschäftigungshilfen für Langzeitarbeitslose“. In den neuen Bundesländern konzentrierten sich die Bemühungen der Arbeitsämter vor allem auf langzeitarbeitslose Frauen, so daß diese dort zu 55 Prozent an den Vermittlungen beteiligt waren.

Mit rund 1,3 Millionen Langzeitarbeitslosen oder von Langzeitarbeitslosigkeit Bedrohten haben die Arbeitsämter intensive Beratungsgespräche geführt. 450.000, die für eine sofortige Vermittlung nicht in Frage gekommen sind, konnten in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Fortbildungs- oder Umschulungslehrgängen untergebracht oder hierfür vorgemerkt werden.

Zahlreiche Beratungsgespräche mit Bewerbern dienten auch der Besprechung notwendiger Schritte, um Langzeitarbeitslosigkeit gar nicht erst eintreten zu lassen. Dieses präventive Vorgehen soll 1996 verstärkt fortgesetzt werden.

Der Anteil Langzeitarbeitsloser betrug im Dezember 1995 in den neuen Ländern 26 Prozent (Vorjahr: 30 Prozent), im Altbundesgebiet (wie im Vorjahr) 31 Prozent.

## Ingenieure leisten Zukunftsbeitrag

**Anlässlich des VBI-Unternehmertages „Ingenieure der Zukunft“ erklärte der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Bernd Neumann:**

Zur Lösung der immensen Probleme vor denen die Bundesrepublik steht, brauchen wir eine Innovationsoffensive auf verschiedenen Feldern. Dazu gehören u. a.

neben der Kommunikations- und Informationstechnik die Nanotechnologie, die Mikrosystemtechnik, die Biotechnologie und Bioinformatik. Innovationspotentiale stecken vor allem in den Grenzbereichen zwischen Naturwissenschaften und neuen Technologien.

Hier leisten kreative Ingenieure wichtige Beiträge zur Produktinnovation und damit für unsere zukünftige Wettbewerbsfähigkeit. ■

# Jugend engagiert sich in hohem Maße für unser Gemeinwesen

Der Vorsitzende des Arbeitskreises „Ehrenamt“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Klaus Riegert, erklärte zur Anhörung der Jugendverbände:

Die Anhörung der Jugendverbände zur ehrenamtlichen Tätigkeit in ihren Verbänden hat gezeigt, daß ehrenamtliches Engagement bei jungen Menschen in hohem Maße vorhanden ist. Die Bereitwilligkeit zur Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben in Verbänden ist ungebrochen, obwohl die Belastungen durch bürokratische Hemmnisse größer und der zu bewältigende Aufgabekatalog umfangreicher und vielfältiger geworden ist. In diesem Zusammenhang wurden die verkrusteten Strukturen kritisiert, die Kreativität und Innovation einschränken. Junge Menschen sehen ehrenamtliche Tätigkeit als wichtigen Bestandteil ihres Lebensentwurfs.

Für die Jugendverbände soll ehrenamtliche Tätigkeit auch weiterhin unentgeltlich bleiben, selbst die im Sport gewährten Übungsleiterpauschalen werden abgelehnt. Für erforderlich gehalten werden hingegen eine bessere Ausstattung der Jugendverbände, um tatsächlich entstandene Unkosten abdecken zu können.

Vehement kritisiert wurde die Anwendung vorhandener Freistellungsregelungen. Es könne nicht angehen, daß auf Grund eines angespannten Arbeitsmarktes ehrenamtliches Engagement behindert werde. Die Freistellungsregelungen werden von kleineren und mittleren Handwerksbetrieben

großzügiger gehandhabt als von Großbetrieben und vor allem vom öffentlichen Dienst.

Die Jugendverbände fordern eine andere Mittelzuweisung durch die Politik. Die Förderung spezieller Einzelprojekte engen Aktionsradius der Jugendverbände unnötigerweise ein und müsse zugunsten einer breiten Förderung umgestellt werden. Durch überbordende administrative Anforderungen und durch die stark ange-

**Erforderlich ist eine bessere finanzielle Ausstattung der Jugendverbände zum Abdecken der Unkosten.**

wachsene Zahl hauptamtlicher Mitarbeiter fühlen sich ehrenamtlich Tätige oft ins zweite Glied gestellt. Hier seien Abgrenzungsschwierigkeiten und Hemmnisse vorhanden, die die Arbeit über Gebühr erschweren und Initiativen oft ins Leere laufen lassen.

Von Krise oder Frust bei der Bereitschaft zur Übernahme ehrenamtlicher Tätigkeiten kann bei jungen Menschen keine Rede sein. Wir müssen für eine stärkere Entbürokratisierung der ehrenamtlichen Tätigkeit und für eine entsprechende Mittelzuweisung sorgen, damit junge Menschen ihr vorhandenes Engagement in unser Gemeinwesen gewinnbringend einbringen können.

**Unsere**

**Elektronischen**

**Adressen:**

● INTERNET

<http://www.cdu.de>

● T-ONLINE

\*CDU#

● X 400

c = de; a = dbp;

p = cdu; s = bund

## 85. Landesparteitag in Bad Soden

# Manfred Kanther wiedergewählt

## – Frauenpräsenz massiv erhöht –

**Mit 91 Prozent der Stimmen ist Bundesinnenminister Manfred Kanther als Landesvorsitzender der hessischen CDU eindrucksvoll in seinem Amt bestätigt worden. Beim 85. Landesparteitag der hessischen CDU am 27. Januar in Bad Soden erhielt Kanther 316 Stimmen; 33 Delegierte votierten mit Nein.**

Als erster CDU-Landesverband hatte die hessische CDU als Konsequenz aus dem Bundesparteitag in Karlsruhe zuvor beschlossen, im Rahmen einer freiwilligen Selbstverpflichtung den Anteil von Frauen auf allen Ebenen der hessischen CDU massiv zu erhöhen. Nach diesem Beschluß sollen Frauen zunächst in allen Vorständen der Partei und unter Parteitagdelegierten „wenigstens“ ihrem Mitgliederanteil entsprechend vertreten sein.

Kurzfristig soll der Anteil von Frauen in Führungsämtern auf ein Drittel angehoben werden. Nachdem der Landesparteitag den entsprechenden Beschluß gefaßt hatte, bestanden die Delegierten die Probe aufs Exempel: dem neugewählten 31köpfigen Landesvorstand der hessischen CDU gehören elf Frauen an, vier mehr als bislang. Gleich vier CDU-Politikerinnen gelang der Einzug in das Präsidium der Landespartei.

Zu Stellvertretern des zum dritten Mal bestätigten Manfred Kanther wurden die frühere Familienministerin Hannelore Rönsch, die stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Gerald Weiß und Volker Bouffier, der Europa-Abgeordnete Hartmut Nassauer und neu die Rüsselsheimer Oberbürgermeisterin Otti Geschka gewählt. Schatzmeister der Hessen-CDU

bleibt Casimir Prinz Wittgenstein, als sein Stellvertreter rückt Wilhelm Küschler neu in das Präsidium ein. Als Präsidialmitglied bestätigte der Landesparteitag den früheren Forschungsminister Heinz Riesenhuber, den CDA-Landesvorsitzenden Georg Badeck und den stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden im Landtag Karlheinz Weimar. Neu hinzu kommen die Bundestagsabgeordnete Bärbel Sothmann und Erika Steinbach.

In seiner Grundsatzrede war der hessische CDU-Chef zuvor scharf mit der rot-grünen Landesregierung unter Ministerpräsident Eichel ins Gericht gegangen, die sich nach seiner Ansicht in einem „erbarungswürdigen Zustand“ befinde. Eichel habe kein einziges SPD-Wahlversprechen eingehalten, weder die angekündigte Initiative zur Wiedereinführung des Buß- und Bettages als gesetzlichen Feiertags noch die Erfüllung der Garantie eines Kindergartenplatzes für jedes Kind in Hessen. Die „kleinliche Skandalmühle“ der Landesregierung mit Personalquerelen und Rücktritten führender Mandatsträger habe sich dagegen in den vergangenen Monaten „munter weitergedreht“. Auch von einem Konzept, um einen hessischen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu leisten, sei nichts zu erkennen. „Diese Regierung ist eine Schande für unser Land.“

Kanther bescheinigte der Hessen-Union, die knappe Niederlage bei der Landtagswahl im Februar letzten Jahres hervorragend weggesteckt zu haben. „Wir müssen die Regierung weiter treiben, geduldig und hartnäckig zugleich sein, die kommunale Basis immer weiter ausbauen und

diesen Weg schließlich mit einem großen Erfolg in der Kommunalwahl abrunden“, richtete der hessische CDU-Chef den Blick auf den Urnengang im März nächsten Jahres.

In diesem Zusammenhang verwies Kanther auf die beachtlichen Erfolge der hessischen CDU bei den Direktwahlen von Oberbürgermeistern, Bürgermeistern und Landräten. In 14 der 20 größten Städte Hessens stelle die Union inzwischen die Rathausspitze, sechs dieser Oberbürgermeister-Sessel habe die Hessen-CDU alleine in den letzten drei Jahren hinzugewonnen.

Der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Roland Koch, bezeichnete die rot-grüne Koalition in Wiesbaden als „Regierung des Stillstandes“, personifiziert durch den Ministerpräsidenten Eichel. Nach einer Vielzahl von Skandalen und Affären seien die Grünen „inzwischen so stinknormal,

daß sie sich gegenseitig nicht mehr riechen können“. In diesem Zusammenhang kündigte er massiven Widerstand gegen die Initiative des grünen Justizministers von Plottnitz zur Behinderung von Polizei und Staatsanwaltschaft, zur Abschaffung der lebenslangen Freiheitsstrafe und dessen Forderung nach Erleichterungen für Drogendealer an.

„Auch grüne Wähler wollen abends sicher auf die Straße gehen, wollen ihre Autos nicht gestohlen bekommen und wollen, daß ihre Kinder nicht drogensüchtig werden“, rief Koch zur Auseinandersetzung mit dem grünen Teil der Landesregierung auf. Der neuen grünen Umweltministerin Nimsch, die die Nachfolge von Skandalministerin Blaul angetreten hatte, bescheinigte Koch, sie wisse auch nach 100 Tagen im Amt immer noch nicht „worüber sie redet“.

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Das Programm des Bildungszentrums Schloß Eichholz umfaßt Fachtagungen, Tagungen für ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger, Trainings-Seminare für Studentinnen und Studenten sowie – u. a. – Eichholzer Foren.

Ein Beispiel:

Veranstaltung Nr. 51

### Wieviel Wohlstand verträgt die Umwelt? – Herausforderungen für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft

Eichholzer Forum

6. bis 8. März 1996

Die Hauptthemen:

- Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft: Ein neuer Ord-

nungsrahmen für marktwirtschaftliche Umweltpolitik

- Neue Jobs durch „clean production“? – Umweltschutz als Wirtschaftsfaktor
- Wieviel Umweltschutz „verträgt“ die deutsche Wirtschaft? – Die Ökologie und die Standortfrage
- Mit mehr Ökonomie zu mehr Ökologie: Marktwirtschaftliche Anreize für Umweltschutz

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**  
**Bildungszentrum**  
**Schloß Eichholz**  
**Postfach 13 31**  
**50387 Wesseling**  
**Fax 0 22 36/707-230**

# Das „C“ weiterhin in die Tat umsetzen

## Zum 50. Geburtstag des Unionhilfswerks

**Wer erinnert sich? Berlin lag in Trümmern. Die Menschen bibberten trotz Holzauktion im Grunewald und im Tiergarten. Knappe Rationen verhalfen dem Normalverbraucher zum dürftigen Überleben. Und bessere Zeiten waren nicht in Sicht.**

Nur ganz allmählich sammelte die Stadt und das ganze Land neuen Mut. Dabei passierte scheinbar nichts Spektakuläres.

Aber nach schrecklicher Katastrophe neuen Mut zu finden – und erst einmal zu suchen! – ist ja eigentlich auch schon etwas.

So dürfen wir also Ausschau halten nach Anlässen, die die Erinnerung wachrufen an das, was vor 50 Jahren geschah: daß nämlich 1946 das Unionhilfswerk gegründet wurde und nun in diesem Jahr das runde Jubiläum feiern kann.

Statt zu jammern, tat damals erste Hilfe not. Zu denen, die sie leisteten, gehörten nicht zuletzt die Männer und Frauen der



soeben neugegründeten CDU. Die beiden Parteiführer selber, Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, gaben der so nötigen menschlichen Nothilfe organisatorischen Rückhalt. Sie gründeten das Unionhilfswerk und eröffneten im Berliner Norden einen Laden, in dem es statt der ohnehin

nicht vorhandenen Kartoffeln Rat und Hilfe gab.

So fing es an mit dem Unionhilfswerk, das sich mit den sozialen Großunternehmen niemals messen wollte, sondern sich als eine eher familiäre Gemeinschaft verstand. 50 Jahre soziales Engagement im

### Jakob Kaiser, Ernst Lemmer und Walter Schreiber legten den Grundstein

vorpolitischen Raum der CDU sind heute Bestandteil des sozialen Netzes in Berlin. Über 600 hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in

- neun Sozialstationen,
- drei Wohnheimen für geistig Behinderte,
- elf Wohngemeinschaften für psychisch Kranke und geistig Behinderte,
- zwei Kindertagesstätten,
- einem Seniorenwohnheim,
- und sechs weiteren Einrichtungen

sowie fast 200 ehrenamtliche Helfer, die im letzten Jahr bei weit über 1.000 Veranstaltungen mehr als 35.000 Berlinerinnen und Berliner – besonders der sogenannten „50plus-Generation“ – betreut haben, sind die Gewähr dafür, das das „C“ der Christlich Demokratischen Union weiterhin in die Tat umgesetzt wird.

\*\*\*

Die **Jubiläumsveranstaltung** findet am Samstag, dem **14. September**, im Palais am Funkturm in Berlin statt. Die Frau des Regierenden Bürgermeisters von Berlin, Monika Diepgen, hat die Schirmherrschaft übernommen. ■

# Die Allgemeine Wehrpflicht ist ohne überzeugende Alternative

Im Zusammenhang mit der Diskussion in Frankreich über die Reform der Wehrpflicht und der bevorstehenden Abschaffung des Wehrdienstes in den Niederlanden erklärte der verteidigungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer:

Es besteht keine Notwendigkeit und kein mehrheitlicher Wille für eine grundsätzliche Diskussion über die Allgemeine Wehrpflicht in Deutschland. Wegen widersprüchlicher und teilweise sachlich falscher Feststellungen der vergangenen Tage erscheint es aber angebracht, einige Dinge richtigzustellen:

**1.** Die aktuelle Debatte in Frankreich zielt auf eine umfassende Reform des Wehrdienstes und auf eine Stärkung der „Nationalen Dienstpflicht“, an der nicht gerüttelt wird. Die politisch Verantwortlichen in Paris denken überhaupt nicht daran, die Pflichtleistung für den Staat abzuschaffen.

**2.** Die Abschaffung der Allgemeinen Wehrpflicht in den Niederlanden steht in keinem Zusammenhang mit den Überlegungen in Frankreich. Die Regierung in Den Haag hat diese Entscheidung bereits im Frühjahr 1994 getroffen. Diese Entscheidung eines souveränen Staates ist zu respektieren, muß aber weder beispielgebende noch präjudizierende Wirkung für andere Staaten haben.

**3.** Die Rahmenbedingungen Frankreichs, der Niederlande und Deutschlands sind in vielen Aspekten unterschiedlich. Die geopolitische Zentrallage, in der sich unser Land befindet, verlangt von uns eine besondere Sichtweise. Wer denn sonst,

wenn nicht wir 80 Millionen Deutschen, soll den Kern der europäischen Verteidigung bilden?

**4.** Die Allgemeine Wehrpflicht ist für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands konstitutiv. Sie bleibt für unser Land unverzichtbar und ohne überzeugende Alternative. Nur sie sichert eine finanzierbare Verteidigungsbasis und die Anteilnahme von Öffentlichkeit und Politik an verteidigungspolitischen Notwendigkeiten.

**5.** Anstatt die Wehrpflicht und damit eine der letzten Pflichtleistungen für unser Land zur Disposition zu stellen, sollten wir die erfolgte Attraktivitätssteigerung des Wehrdienstes verdeutlichen und über weitere Maßnahmen nachdenken.

**6.** Wir dürfen die steigende Zahl an Kriegsdienstverweigerern nicht einfach hinnehmen. Der Vergleich mit KDV-Quoten anderer westlicher Demokratien mit einer Wehrpflichtarmee läßt den Schluß zu, daß für die Antragsteller in Deutschland nicht ausschließlich Gewissensgründe vorliegen können. Ich werfe dies den jungen Leuten nicht vor, weil ihr Verhalten Ausdruck des sich in allen Teilen der Gesellschaft verbreitenden Pragmatismus ist, „für sich persönlich möglichst viel herauszuholen“.

**7.** Der Bosnien-Einsatz der Bundeswehr wird von einer großen Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Die Zahl freiwilliger Wehrpflichtiger, die sich für den Bosnien-Einsatz gemeldet haben, war wesentlich höher als der Bedarf. Dies zeigt ein hohes Maß der Verantwortlichkeit bei den jungen Menschen und Vertrauen in die Bundeswehr. ■

# Deutschland hat den Weg in die Kreislaufwirtschaft eingeschlagen

**Wachsende Müllberge waren bislang das Symbol für die häßliche Seite unseres Wohlstandes. Die Bundesregierung zog deshalb die Notbremse. Aus der letzten Abfallwirtschaftsbilanz geht hervor, daß sich das Abfallaufkommen in Deutschland von 1990 bis 1993 von 374 Millionen Tonnen auf 337 Millionen Tonnen (- 10 Prozent) verringert hat. Die Verwertungsquote erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 20 auf 25 Prozent.**

Damit belegen die vorgelegten statistischen Angaben, daß Wirtschaft und private Verbraucher die Abfallpolitik der Bundesregierung angenommen haben und sie schrittweise umsetzen. Die Abschätzungen für die Jahre 1994 und 1995 bestätigen diesen Trend. Deutschland hat den Weg in die Kreislaufwirtschaft eingeschlagen. Die Deutschen wurden zum fleißigen Volk der Abfallsammler und -sortierer. Die Mühen haben sich gelohnt: Flächendeckend wird in Deutschland Papier, Pappe, Glas, Kunststoff und Metall gesammelt. Besonders erfreulich ist auch die hohe Abfallreduzierung in der Industrie. So gingen z. B. die produktionsspezifischen Abfälle um 20 Prozent zurück.

## Entsorgungsinfrastruktur

Die Zahl der Hausmülldeponien hat zwischen 1990 und 1993 vor allem in den neuen Bundesländern stark abgenommen. So wurden überwiegend kleine bzw. ungeeignete Deponien geschlossen und die Abfallablagerung auf größere Deponien konzentriert. 1993 sind in den alten Ländern 270 und in den neuen 292 Deponien betrieben worden. Zum gleichen Zeitpunkt waren in ganz Deutschland 52 Hausmüll-

verbrennungsanlagen in Betrieb. In den kommenden Jahren wird sich bundesweit der Trend zu Deponieschließungen und damit zu einem geringeren Flächenverbrauch fortsetzen. Zugleich ist der Bau neuer Verbrennungsanlagen – vor allem in den neuen Ländern – unverzichtbar.

Nach Berechnungen des Umweltbundesamtes sind jedoch mit dem Einstieg in die Kreislaufwirtschaft wesentlich weniger Anlagen (rund 50 in Deutschland insgesamt) notwendig als noch in den 80er Jah-

### Von Bundesumweltministerin Angela Merkel

ren prognostiziert (75 bis 100 Anlagen allein für die alten Länder). Der Anfang dieses Jahres vorgelegte Bericht der Bundesregierung zur Technischen Anleitung Siedlungsabfall kommt zu dem Ergebnis, daß nach derzeitigem Stand der Technik eine dauerhaft umweltverträgliche Abfallbeseitigung und damit eine Einhaltung der vorgeschriebenen Grenzwerte nur durch eine thermische Behandlung von Restabfällen möglich ist, wie es die 1993 verabschiedete Verwaltungsvorschrift vorsieht. Die hierin festgesetzten Übergangsfristen bis 2005 müssen nun zügig genutzt werden, um die notwendigen Entsorgungsanlagen zu schaffen und die Kosten nicht durch unnötig lange Planungen und Experimente in die Höhe zu treiben.

Der weitere Ausbau der Entsorgungsinfrastruktur ist trotz deutlich zurückgehender Abfallmengen unverzichtbar, um die Altlasten von morgen gar nicht erst entstehen zu lassen. Eine verlässliche und moderne



Abfallbehandlung ist auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und Voraussetzung für Unternehmensansiedlungen. Doch gerade hierbei sollten die Kommunen besser zusammenarbeiten und sich die Anlagen und die entsprechenden Kosten teilen.

Deutschland wird deshalb auch künftig die hohen Entsorgungsstandards beibehalten und die Politik der Abfallminimierung fortsetzen.

## **Entwicklung der kommunalen Abfallgebühren**

Die Trendlinie „sinkende Abfallmengen“ scheint aber genau entgegengesetzt zu den Steigerungen der kommunalen Abfallgebühren zu verlaufen. Bezogen auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland haben sich gemäß der Abfallstatistik die durchschnittlichen Gebühren für die Abfallentsorgung seit 1990 mehr als verdoppelt. Lagen noch vor kurzem die Abfallgebühren etwa zwischen 2,00 und 4,00 DM je Einwohner und Monat, so sind sie heute häufig auf 6,00 bis 8,00 DM je Einwohner und Monat angestiegen, teilweise sogar noch erheblich darüber. Außerdem bestehen erhebliche regionale Schwankungen bei der Gebührenhöhe. Diese Situation ist unbefriedigend und verlangt eine eingehende Analyse, um den Trend zu stoppen.

Mittlerweile sind bundesweit Getrennterfassungssysteme für verwertbare Abfälle und für Schadstoffe aufgebaut worden. Abfälle werden nicht mehr einfach abgekippt, sondern auf Deponien gelagert, die mittlerweile ein hohes technisches Niveau erreicht haben. Ohne Frage, eine umweltverträgliche Abfallbeseitigung hat selbstverständlich ihren Preis. Gebühren sind aber nicht zur stillen Einnahmequelle für gebeutelte Stadtkassen gedacht. Deshalb ist die Transparenz der Kosten der erste Weg, den die Stadtverwaltungen beschreiten müssen, um das verlorene Vertrauen der Bürger wiederzugewinnen.

## **Wo sind Kosteneinsparungen möglich?**

● Durch die Aufstellung von konkreten Abfallwirtschaftsplänen erhält die Gemeinde Informationen darüber, wie sich das Abfallaufkommen in den nächsten Jahren weiterentwickeln und welche Versorgungskapazitäten zur Verfügung gestellt werden müssen.

● Mit diesen Informationen bieten sich bisher nicht genutzte Einsparmöglichkeiten durch eine bislang unzureichende regionale Kooperation zwischen benachbarten Kommunen. Nicht jede Gemeinde braucht eine Kompostierungsanlage, eine Müllverbrennungsanlage und eine Deponie. Diese Aufgaben können geteilt und sogar an private Dritte deligiert werden.

● Zur Schaffung einer Kostentransparenz im Bereich der Abfallentsorgung ist eine betriebswirtschaftliche Kostenrechnung im Sinne eines modernen Wirtschaftsunternehmens notwendig.

## **Trend zu Abfallgebührensteigerungen stoppen**

Die kameralistischen Haushaltssysteme sind nicht genau genug in der Analyse der Kostenstrukturen und den daraus folgenden Analysen der Einsparpotentiale. Jedes Unternehmen muß beispielsweise finanzielle Rückstellungen bilden, um Kapital für notwendige Investitionen zur Verfügung zu haben. Nachdem viele Gemeinden ihre Entsorgungsanlagen beschrieben haben, stehen heute keine Gelder für neue Investitionen zur Verfügung.

● Wir brauchen auch in der öffentlichen Verwaltung mehr unternehmerische Kompetenz. Deshalb scheint es mir sinnvoll, daß auch in der kommunalen Abfallentsorgung mehr Wettbewerb zum Tragen kommt. Das Bundesumweltministerium hat zwei Forschungsvorhaben vergeben,

## Zwischenbilanz Verbrechensbekämpfung

**Nach einer gemeinsamen Sitzung des Bundesfachausschusses Innenpolitik der CDU mit Bundesinnenminister Manfred Kanther erklärte der Vorsitzende des Fachausschusses, Johannes Gerster:**

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU hat sich in einer gemeinsamen Sitzung mit Bundesinnenminister Kanther über die innenpolitischen Aufgaben und Ziele der kommenden Monate abgestimmt.

Dabei ging es insbesondere um die Zwischenbilanz des Verbrechensbekämpfungsgesetzes vom Dezember 1994, die in der Koalitionsvereinbarung für Anfang 1996 festgelegt worden ist. Der Bundesfachausschuß Innenpolitik unterstützte ausdrücklich den Forderungskatalog des Bundesin-

nenministers zur besseren Bekämpfung der organisierten Kriminalität.

Der Bundesfachausschuß Innenpolitik sprach sich in diesem Zusammenhang für die von der Polizei geforderte Möglichkeit der technischen Beweissicherung gegen organisierte Verbrecher aus.

### Schwerpunkt Korruption

Ein Schwerpunkt bildete die Frage der Korruption in Wirtschaft und Verwaltung. Der Bundesfachausschuß Innenpolitik der CDU forderte zu prüfen, ob zur Korruptionsbekämpfung die Kronzeugenregelung in Zukunft auch auf den Bereich der öffentlichen Verwaltung ausgedehnt werden kann.

um die möglichen weiteren Einsparpotentiale konkreter aufzuzeichnen.

### Kreislaufwirtschaft

Mit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes im kommenden Oktober werden neue, weitreichende Perspektiven für moderne, ressourcensparende Produkte und Technologien eröffnet. Damit erweist sich die Abfallpolitik als Impulsgeber für eine nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise. Mehr geschlossene Stoffkreisläufe sind dazu ebenso erforderlich wie die stärkere Wahrnehmung der Produktverantwortung durch Industrie und Handel sowie die zunehmende Orientierung der Verbraucher auf langlebige Konsumgüter.

Die Abfallbilanz für das Jahr 1993 zeigt die positiven Entwicklungen der Abfallwirtschaft in Deutschland. Die Zahl der

Beschäftigten in der Entsorgungswirtschaft schätzt der Bundesverband der Deutschen Entsorgungswirtschaft auf 200.000. Allein über das Duale System Deutschlands, das Abfall mit dem Grünen Punkt sammelt, sind rund 17.000 Arbeitsplätze neu geschaffen worden.

Diese Tendenzen werden sich in Zukunft weiter verstärken, wenn die Neuregelungen des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes zu greifen beginnen. Zur Zeit erarbeitet das Bundesumweltministerium ein Paket von Verordnungen, die zur Vollzugsfähigkeit des Kreislaufwirtschaftsgesetzes notwendig sind.

Auch im Bereich der Produktverantwortung wird die schrittweise Ausführung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes fortgesetzt.

# Unüberhörbares Alarmsignal – Umdenkungsprozeß muß beginnen

Zur DIHT-Kritik an deutscher Schulbildung erklärte der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, NRW-Generalsekretär **Herbert Reul**:

Als „unüberhörbares Alarmsignal“ hat der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, Herbert Reul, die Kritik des Deutschen Industrie- und Handelstages an der Qualität der deutschen Schulbildung bezeichnet (FAZ, 8. 2. 96).

„Bei allen verantwortlichen Bildungspolitikern muß endlich ein Umdenkungsprozeß beginnen. Wenn Langzeituntersuchungen der Industrie- und Handelskammern zu einem Ergebnis kommen, daß die Grund- und Allgemeinbildung an den Schulen deutlich zu wünschen übrig läßt, sind alle zum Handeln gezwungen. Schließlich sichern die Unternehmen und Betriebe die Arbeitsplätze von morgen für unsere Kinder“, erklärt der Generalsekretär der nordrhein-westfälischen CDU.

## SPD weist einen Irrweg

Reul kritisierte, daß dagegen das vor allem von sozialdemokratischen Bildungspolitikern vorangetriebene Konzept der „Autonomie von Schule“ die dramatischen Bildungsdefizite der Schülerinnen und Schüler an allen Schulformen nur noch verschärfen werde.

„Die Gefälligkeits- und Beliebigkeitsschule, die von sozialdemokratischen Bildungspolitikern favorisiert wird, ist ein Irrweg. Da wird Selbstbestimmung der Lerninhalte gefördert, da wird auf fachübergreifenden Unterricht gesetzt, da ist die soziale Kompetenz oberstes Lernziel. Dar-

über wird vergessen, den Schülerinnen und Schülern Rechnen, Schreiben und Lesen beizubringen“, kritisiert Reul.

Die Befürworter eines solchen Modells müßten endlich begreifen, daß Schule kein Problemlösungs-Betrieb für alle Sorgen dieser Welt sei. Das Gegenteil sei richtig.

Reul: „Schule muß heute mehr denn je Komplexität reduzieren. Schule ist keine Fortsetzung und Fortschreibung des Alltags, sondern dessen Unterbrechung. Sie muß gewichten. Nicht jeder wilde Müllhaufen an der Ecke muß gleich zum Gegenstand einer Doppelstunde werden. Es wird gern über die sogenannten Schlüsselqualifikationen gestritten, ohne sie meist näher zu definieren.

Es hat sich jedoch bis heute nicht geändert, daß der Schlüssel für eine spätere hohe Qualifikation eine solide sprachliche und naturwissenschaftliche Grundausbildung ist. Schule muß wieder mehr Wert auf ein fundiertes Wissen in den sogenannten Kernfächern legen. Sie sind ein stabiles Gerüst zum Weitersteigen in viele Spezialbereiche. Allgemeinbildung heißt die Antwort auf eine komplexer werdende Welt.“

## Personalie

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat in ihrer Sitzung am 6. Februar **Gunnar Uldall** zum neuen Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Wirtschaft und damit zum wirtschaftspolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion gewählt. Er folgt damit dem am 18. Januar 1996 verstorbenen Kollegen **Rainer Haungs**.

# Die Agenda von morgen

## EVP-Vorstand tagte in Brüssel

**In seiner Januar-Sitzung hat der EVP-Vorstand das Strategie-Papier des Generalsekretärs der EVP, Klaus Welle, „Die EVP auf dem Weg zur Europäischen Partei“, diskutiert und als Beschluß des Vorstandes angenommen.**

Durch Art. 138a des Maastrichter Vertrages, der den europäischen Parteien eine bedeutende Rolle als Integrationsfaktor im europäischen Einigungsprozeß zuweist, kommen zukünftig große Herausforderungen auf die EVP zu. Das vom Vorstand angenommene Papier legt die Strategie der EVP für die kommende Herausforderungen fest:

### 1. Den Grundkonsens sichern

Die EVP ist eine Programmartei. Sie sichert ihren Zusammenhalt und ihre politische Handlungsfähigkeit durch den Mitgliedern gemeinsame Vorstellungen vom Menschen auf der Basis christlicher Wertvorstellungen und den Grundlagen der europäischen Zivilisation: Der Mensch in der Spannung von individueller Freiheit und Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft, eine sozial und ökologisch verpflichtete Marktwirtschaft und der Wille zur Vertiefung der europäischen Integration. Ohne diesen Kern gemeinsamer christdemokratischer Grundüberzeugungen würde die EVP in die Rolle eines Dachverbandes zurückfallen und damit auch in den Parlamenten an Einfluß und Zusammenhalt verlieren.

### 2. Die Erweiterung vorbereiten

Die EVP darf durch die nächste Erweiterungsrunde der Europäischen Union nicht schwächer werden. Im Gegenteil: wir wollen dauerhaft zur stärksten politischen

Kraft in Europa werden. Partnerparteien aus den Beitrittsländern müssen deshalb rechtzeitig identifiziert und vorsichtig und schrittweise in die Arbeit der EVP integriert werden. Grundlage für diese Zusammenarbeit wird – wie bei den skandinavischen Ländern erfolgreich praktiziert – die Übereinstimmung in Fragen der Weltanschauung, des politischen Programms und im praktischen politischen Handeln sein.

### 3. Einheit von Partei und Fraktion wahren

Die EVP-Fraktion im Europäischen Parlament hat in den letzten Jahren erfolgreich Abgeordnete aus einer Reihe von Parteien, die nicht der EVP angehören, für die Zusammenarbeit und den Beitritt zur Fraktion gewonnen. Die EVP sollte diesen Parteien die Möglichkeit geben, sich auch zur Partei zu bekennen und aktiv mitzuarbeiten, sofern sie dies wünschen. Die EVP muß offen bleiben für neue Partner auch aus den bisherigen Mitgliedstaaten der Europäischen Union. Insbesondere die Situation in Portugal ist nach wie vor unbefriedigend. Grundlage für eine Mitgliedschaft bleibt die Anerkennung unseres Programms.

### 4. Die Entscheidungsträger vernetzen

Die Europäische Volkspartei wird um so stärker sein, je besser es ihr gelingt, Entscheidungsträger aus der nationalen und europäischen Ebene zusammen zu bringen. Die Generalsekretäre der Mitgliedsparteien, die europapolitischen Sprecher in den nationalen Parlamentsfraktionen, die EU-Kommissare, aber auch die Fraktions-

Präsidiolen in den Parlamentarischen Versammlungen von Europarat und Westeuropäischer Union sowie dem Ausschuß der Regionen müssen intensiver in die Arbeit eingebunden werden. Gemeinsame Konferenzen von nationalen und europäischen Parlamentariern sollten zum regelmäßigen Bestandteil der Arbeit werden.

## 5. Politische Entscheidungskraft stärken

Das Präsidium hat nun die satzungsmäßige Aufgabe, die ständige politische Präsenz der EVP zu sichern, damit die Europäische Volkspartei von den Bürgern als politischer Akteur wahrgenommen werden kann. Das Präsidium muß – unter Einbeziehung nationaler und europäischer Entscheidungsträger – neue Arbeitsformen entwickeln, um diesem Auftrag gerecht werden zu können.

## 6. Aktive Öffentlichkeitsarbeit

Die fortschreitende europäische Integration trägt zum Entstehen einer europäischen Medienlandschaft bei. Nationale Zeitungen, Hörfunkprogramme und Fernsehsender bieten regelmäßige Berichterstattung über europäische Themen, europäische Zeitungen und elektronische Medien versuchen sich zu etablieren. Hier liegen noch weitgehend ungenutzte Chancen für die Vermittlung unserer politischen Vorstellungen gegenüber dem Bürger.

## 7. Vernetzung der Forschungstätigkeit

In einer Reihe von Mitgliedsstaaten der Europäischen Union gibt es den Parteien nahestehende Stiftungen und Forschungsinstitute mit enormen Potentialen. Diese sind bisher nur unzureichend koordiniert. Insbesondere muß sichergestellt werden, daß wichtige Forschungsergebnisse zur europäischen Integration allgemein zugänglich werden.

## 8. Neue Kommunikationsmittel erschließen

Das Internet revolutioniert den Informationsaustausch weltweit. Gerade für international operierende Organisationen wie die EVP bietet es ein hervorragendes Medium, um über die eigene Arbeit und die der Mitgliedsparteien zu informieren, aber insbesondere auch den internen Informationsaustausch zu beschleunigen und zu verbessern.

## 9. Präsenz vor Ort

Die Konzentration der EVP-Aktivitäten auf Brüssel und Straßburg wird durch die Erwartung von Übersetzungen in alle Sprachen der Union gefördert, trägt aber nicht immer zur Verankerung unserer Arbeit in den Mitgliedsparteien bei. Die EVP muß auch vor Ort stärker präsent sein. Dazu sollte insbesondere die Durchführung von Sitzungen der Arbeitsgruppen und Kommissionen außerhalb von Brüssel und Straßburg und in enger Zusammenarbeit mit den Mitgliedsparteien geprüft werden. Vorbedingung dafür ist eine Reduzierung der Zahl der Arbeitsgruppen und ihrer Sitzungshäufigkeit bei gleichzeitiger Verlängerung der Sitzungsdauer.

## 10. Doppelarbeit beenden

8 von 10 EDU-Parteien aus der Europäischen Union sind heute Vollmitglieder der Europäischen Volkspartei, eine neunte (Britische Konservative) ist uns über unsere Fraktion im Europäischen Parlament verbunden. Die Parteien aus den Reformstaaten Mittel- und Osteuropas, die Beobachter in der EVP werden wollen, sind in der Regel sowohl Mitglieder von EDU als auch EUCD. Wir müssen uns deshalb über eine neue Aufgabenteilung zwischen EVP, EUCD und EDU verständigen, die unnötige Doppelarbeit verhindert, die Mitgliedsparteien entlastet, aber auch die spezifi-

schen Vorteile der jeweiligen Organisation nutzt.

## 11. Solide Finanzen

Ohne eine solide Finanzierung werden europäische Parteien den ihnen durch den Artikel 138a Maastrichter Vertrag zugewiesenen Auftrag nicht erfüllen können. Gemeinsam mit den anderen politischen Familien in Europa muß deshalb nach einer Lösung gesucht werden, die den europäischen Parteien eine verlässliche Basis für ihre weitere Entwicklung gibt.

## 12. Erfahrungswissen austauschen

Die Mitgliedsparteien stehen immer wieder vor vergleichbaren Problemen in der Öffentlichkeitsarbeit, beim Wahlkampf, beim Fundraising oder auch in der Mitgliederansprache. Ein regelmäßiger, unmittelbarer Erfahrungsaustausch zwischen den Verantwortlichen in den Mitgliedsparteien unter Hinzuziehung von externen Experten könnte auch außerhalb von Europawahlkämpfen hilfreich sein.

## Gentechnisch hergestellte Lebensmittel

# Europäische Regelung einer Kennzeichnung immer dringender

**„Möglichst schnell muß eine verbraucherfreundliche und praktikable Regelung zur Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel gefunden werden“, erklärte der CDU-Europaabgeordnete Peter Liese angesichts der Tatsache, daß erstmals Tomatenmark aus gentechnisch veränderten Tomaten in Europa im Handel ist.**

Mit Sturm erobere dieses Produkt zur Zeit schon die britischen Supermärkte. Der europäische Binnenmarkt werde es bald auch nach Deutschland bringen.

„Das Tomatenmark ist nur der Vorbote von weiteren genetisch veränderten Lebensmitteln, die in absehbarer Zeit auf die Märkte gelangen werden. Es muß daher möglichst schnell eine europäische Lösung für eine Verordnung zur Kennzeichnung solcher Lebensmittel auf den Weg gebracht werden“, forderte Liese, der auch Mitglied im Ausschuß für Umwelt und Verbraucherfragen des Europäischen Parlaments ist.

Die Hinweise auf gentechnische Veränderung, die noch auf dem britischen Tomatenmark vorhanden sind, seien jetzt noch freiwillig und nicht verbindlich. Deshalb sind gerade im Fall von künstlich hergestellten Produkten verbrauchergerichte Informationen und klare Warenkennzeichnung unerlässlich für den Verbraucher.

## Den Konsumenten dürfen keine Informationen vorenthalten werden

„Die Entscheidung über die Kennzeichnungsverordnung darf deshalb nicht zu einer Ohrfeige für den mündigen Konsumenten werden. Ihm dürfen keine Informationen vorenthalten werden. Wichtig ist aber auch, daß die Verordnung praktisch umsetzbar ist. Außerdem rate ich dringend zu einer Versachlichung der Diskussion. Berichte über eine Gefahr für Allergiker durch das veränderte Tomatenmark sollten sehr kritisch betrachtet werden.“

# Die EVP hat ein neues Präsidium

**Am 8. Februar hat der EVP-Vorstand in Brüssel ein neues Präsidium (Präsident, vier Vizepräsidenten und einen Schatzmeister) gewählt; das neue, kleinere Präsidium vertritt die EVP nach außen und gewährleistet ihre politische Präsenz in allen wichtigen Bereichen europäischer Politik.**

Mit großer Mehrheit wurde Wilfried MARTENS, ehem. belgischer Premierminister, in seinem Amt als Präsident der EVP bestätigt. Als erster Präsident der EVP hat er, seit dem 5. Juli 1994, ebenfalls das Amt des Präsidenten der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament inne. Vize-Präsidenten sind Margareta AF UGGLAS (Moderaterna-S), Jose Maria AZNAR (PP-ES), Otfried HENNIG (CDU-D) und Jean-Claude JUNCKER (CSV-L). Zum Schatzmeister wurde Ingo FRIEDRICH, MdEP (CSU), gewählt.

Während des letzten EVP-Kongresses in Madrid (5./7. November 1995) wurde eine Stärkung der Rolle des Präsidiums beschlossen. Satzungsmäßig hat das Präsidium der EVP, das mindestens 8mal im Jahr tagen wird, die Aufgabe, die ständige politische Präsenz der EVP zu sichern.

Das Präsidium wird des Weiteren vor den EU-Gipfeln mit den EVP-Regierungschefs offiziell zusammenkommen, um die Treffen thematisch vorzubereiten. Eine weitere Neuerung ist die Schaffung des Rates der EVP, der sich aus dem Präsidium der EVP sowie den Parteivorsitzenden der Mitgliedsparteien zusammensetzt.

## Eine kurze Vorstellung der Präsidiumsmitglieder:

**Präsident:** Wilfried MARTENS (CVP-B), geboren am 19. April 1936, war von 1979

bis 1992 belgischer Premierminister. Die europäische Idee übt von Anfang an eine starke Faszination auf den gelernten Anwalt und Notar aus: er gehörte zu den Gründervätern der Europäischen Volkspartei (1976) und seit dem 10. Mai 1990 steht er ihr als Präsident vor. Seit dem 14. Januar 1993 ist er ebenfalls Präsident der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD).

**Vizepräsidenten:** Jose Maria AZNAR (PP-ES), geboren am 25. Februar 1953, gilt für die nächsten Wahlen in Spanien, die für den 3. März 1996 anberaumt worden sind, als aussichtsreichster Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten.

Otfried HENNIG (CDU-D), MdL, wurde am 1. März 1937 in Königsberg geboren. Seit 1989 ist er CDU-Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und seit 1992 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag. Der promovierte Jurist (magna cum laude) war von 1976 bis 1992 Mitglied des Deutschen Bundestages. Otfried HENNIG gehört seit 1993 dem EVP-Präsidium an.

Jean-Claude JUNCKER (CSV-L) wurde am 9. Dezember 1954 geboren. Der amtierende Premierminister Luxemburgs ist gleichzeitig Staatsminister, Finanzminister sowie Arbeits- und Beschäftigungsminister seines Landes. Jean-Claude JUNCKER, studierter Jurist, hält seit Februar 1995 die Ämter Gouverneur der Europäischen Investitionsbank, Gouverneur der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung sowie Gouverneur des Internationalen Währungsfonds. Besonderes Interesse hat Herr JUNCKER, der bereits 1984 Arbeitsminister Luxemburgs wurde, für sozialpolitische Belange; er war bis 1995 Präsident

## Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

**D**ie Chancen stehen günstig, Einvernehmen darüber zu erzielen, was deutsche Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert bedeutete. - Dieser Satz ist einem Einladungsschreiben der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. entnommen.

Termin, Thema und Zielgruppe der Veranstaltung, auf die das Schreiben sich bezieht und in deren Verlauf so wichtige Begriffe wie Identität, Verfassungspatriotismus, Antifaschismus, Verständnis und Freiheit erörtert werden sollen:

Veranstaltung Nr. 44

### **Geschichtsbild und Identitätsbildung – Historisches Lernen im geeinten Deutschland**

Fachtagung für Lehrerinnen und Lehrer

29. 2. – 2. 3. 1996

Veranstaltungsort: Schloß Eichholz bei Bonn

Einige der Themen:

- „Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben“ – Geschichte und Identität bei Friedrich Nietzsche
- Geschichts- oder Ordnungsdenken? – Über Verfassungspatriotismus und geschichtliche Identität
- Antifaschismus – Mißglückte Identitätsbildung in der DDR
- Gemeinsam Geschichte rekonstruieren – Deutschland nach 1985 (mehrere Arbeitsgruppen)
- Warum und welche Freiheit wir wollten – Lesung von Olaf Georg Klein (Berlin) und Gespräch mit dem Autor

Weitere Informationen/Anmeldung:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.**  
**Bildungszentrum**  
**Schloß Eichholz**  
**Postfach 13 31**  
**50387 Wesseling**  
**Fax: (0 22 36) 707-2 30**

der EVP-Vereinigung „Europäische Union Christlich-Demokratischer Arbeitnehmer“ (EUCDA).

Margareta AF UGGLAS (Moderata-S) wurde am 5. Januar 1939 geboren. Nach einem Studium der Wirtschaftswissenschaften in Harvard und Stockholm begann sie ihre berufliche Tätigkeit als Journalistin. Sie wurde 1974 Mitglied des schwedischen Parlaments. 1978 wurde sie in den Vorstand der Moderaterna gewählt. Schon immer an Frauenfragen interessiert, wurde sie 1981 Vorsitzende der schwedischen Sektion der Europäischen Frauenunion. Von 1983 bis 1986 gehörte sie der

schwedischen Delegation im Europarat an. In den Jahren 1991 bis 1994 hatte sie das Amt der schwedischen Außenministerin inne.

**Schatzmeister:** Ingo FRIEDRICH, MdEP (CSU-D), wurde am 24. Januar 1942 geboren. Seit 1977 ist der promovierte Volkswirt stellv. Vorsitzender des CSU-Bezirks Mittelfranken; seit 1989 ist er Mitglied des CSU-Landesvorstandes. 1992 wurde er in das CSU-Parteipräsidium gewählt und seit 1993 ist er stellv. Parteivorsitzender der CSU. Der Sprecher der CSU-Europaabgeordneten ist ebenfalls Mitglied im Vorstand der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament.



## Kategorisch abgelehnt

**Zur Entscheidung des Europäischen Parlamentes zur Fernsehrichtlinie erklärte der Vorsitzende des Bundesausschusses Medienpolitik der CDU, Staatsminister Anton Pfeifer:**

Die Beschlüsse des Europäischen Parlamentes zur Novellierung der EU-Fernsehrichtlinie werden von der CDU kategorisch abgelehnt. Sie dürfen nicht Bestandteil der neuen Fernsehrichtlinie werden, denn eine Fernsehrichtlinie nach den Vorstellungen der Mehrheit des Europäischen Parlamentes würde der Medien- und Kommunikationswirtschaft in Europa großen Schaden zufügen und den Medienstandort Europa nachhaltig schwächen. Vor allem die Forderung nach der Einbeziehung der sog. Neuen Dienste in die Fernsehrichtlinie und die Forderung nach verbindlichen Sende- und Investitionsquoten für europäische audiovisuelle Werke würden die weitere Entwicklung dieses zukunftsreichen und Arbeitsplätze schaffenden Wirtschaftszweiges entscheidend behindern. Es würden zusätzliche Barrieren für die rasche Entwicklung moderner Kommunikationsstrukturen in Europa geschaffen. Die Mehrheit des Europäischen Parlamen-

tes geht einen grundsätzlich falschen Weg: Durch Reglementierung, Verbote und Protektionismus kann eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Film- und Fernsehproduzenten nicht erreicht werden. Die in den Beschlüssen angelegte Bevormundung und Beschneidung der Freiheit wird zu einer Abwanderung der kreativsten Kräfte, von Arbeitsplätzen und moderner Technologie in das außereuropäische Ausland führen. Auch für diesen Bereich gilt, daß hohe Qualität nur durch Wettbewerb zu erreichen ist.

## Mit großer Mehrheit dagegen

Die CDU ist mit der EVP-Fraktion, die mit großer Mehrheit gegen diese Beschlüsse gestimmt hat, der Meinung, daß bei den weiteren Beratungen über die neue Fernsehrichtlinie die Beschlüsse des Europäischen Parlamentes revidiert werden müssen. Die Union und die überwältigende Mehrheit der europäischen Christdemokraten werden sich im weiteren Verlauf des Verfahrens zur Verabschiedung der Richtlinie von der Überzeugung leiten lassen, daß es eine „Festung Europa“ auch im kulturellen Bereich nicht geben darf, weil dies Arbeitsplätze gefährdet und den Traditionen Europas widerspricht.

## Seniorenvertretungen

**Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Fraktion, Maria Eichhorn, erklärte nach einem Gespräch mit den Vorsitzenden des Bundes- und der Landesseniorenvertretungen:**

Die Seniorenvertretungen leisten einen wichtigen Beitrag zur Interessenvertretung der Senioren und Seniorinnen im vorpolitischen Raum. Ihr ehrenamtliches Engagement verdient besondere Anerkennung.

Seniorenvertretungen wollen keine Konkurrenzunternehmen zu den Kommunalparlamenten sein; sie bilden ein Forum, um die besonderen Anliegen älterer Menschen zu artikulieren und in die politische Diskussion einzubringen.

Viele politisch interessierte ältere Mitbürger wollen und können sich nicht dem Streß von Wahlkämpfen aussetzen.

Sie wollen nicht als Ratsmitglieder, sondern als politische Ratgeber eingebunden sein und an Meinungsbildungsprozessen aktiv teilnehmen.

## Bauberufe haben Zukunft

**Junge Menschen sollten sich weiterhin um eine Ausbildung auf dem Bau bemühen. Denn trotz einer leichten Abschwächung der Baukonjunktur in Deutschland haben Bauberufe Zukunft. Es ist ein beschäftigungspolitisches Alarmsignal, wenn regional bereits Lehrlinge im Ausland gesucht werden.**

Mit ihrer Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Technologien hat die heranwachsende Generation gerade in der Bauproduktion hervorragende Entwicklungschancen. Hier sind auch die Gewerkschaften gefordert, junge Menschen zur Arbeit auf dem Bau zu ermutigen und für eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung der Handwerksberufe zu sorgen.

Die deutsche Bauwirtschaft wird in den kommenden Jahren neue Produktions- und Beschäftigungsfelder erschließen müssen, um weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Dabei ist unter-

**Von Hannelore Rönsch, stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion**

nehmerischer Geist gefragt sowie der Wille zu einer preisorientierten Angebotspolitik und zur Entwicklung neuer Formen des Baumanagements. Schon heute wären viele Mieter zum Eigenheimbau bereit, wenn die Bauunternehmen ihre Angebote um etwa 100.000 DM absenkten.

Industrie und Handwerk können zum kostensparenden Bauen durch eine intensivere Baubegleitung und Bauberatung, einen stärkeren Wettbewerb bei der Anfertigung von Fertigbauteilen und deren intensiveren Einsatz beitragen. Damit sichern die Bauunternehmen auch in Zukunft Ar-

beitsplätze auf den deutschen Baustellen. Seit der Wiedervereinigung hat kaum ein Wirtschaftszweig einen solchen Boom erlebt wie die Baubranche. 2,7 Mio fertiggestellte Wohnungen in der ersten Hälfte der 90er Jahre sind dafür ein sichtbarer Beweis. 1995 konnten etwa 615.000 Wohnungen gebaut werden.

Mit der Neuregelung der Wohneigentums- und der Bausparförderung sowie der Verlängerung der Sonderförderung in den neuen Ländern hat die Koalition die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzt, damit der Wohnungsbau auch in Zukunft auf hohem Niveau fortgesetzt wird.

## Junge Union feiert ihr Jubiläum im Januar 1997

Im Januar 1997 feiert die Junge Union ihr 50jähriges Bestehen. Neben einem großen Festakt sind ein Bilder- und Anekdotenbuch sowie zahlreiche andere das Jubiläum begleitende Aktionen in Arbeit.

Wer die Junge Union Deutschlands in der Vorbereitungsphase unterstützen möchte oder daheim sogar noch interessantes JU-Material der älteren Kategorie gesammelt hat, der kann sich gerne mit der Bundesgeschäftsstelle in Verbindung setzen.

**Die Adresse: JU-Bundesgeschäftsstelle, Stichwort: Jubiläum, Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, Telefon: 0228/310011, Fax: 0228/384520.**

**D**ie Junge Union Deutschlands sucht zum 16. April 1996 für die Bundesgeschäftsstelle in Bonn

**einen/eine Referenten/  
Referentin für  
Internationale Arbeit**

**Aufgaben:**

- Erledigung der in diesem Aufgabenbereich anfallenden Arbeiten in der Bundesgeschäftsstelle
- Geschäftsführung der Internationalen Kommission in Zusammenarbeit mit den ehrenamtlichen Bundesvorstandsmitgliedern im Bereich internationale Arbeit
- Ausbau der Kontakte zu den internationalen Organisationen, insbesondere auf europäischer Ebene
- Organisation von Seminaren und Konferenzen

**Anforderungen:**

- abgeschlossenes Hochschul- oder Fachhochschulstudium
- Beherrschung von zwei Fremdsprachen in Wort und Schriften (Englisch, Französisch oder Spanisch)
- Erfahrung in der Verbandsarbeit der Jungen Union
- Computerkenntnisse Voraussetzung, Internet-Kenntnisse erwünscht
- Höchstalter 30 Jahre

**Vergütung:**

in Anlehnung an BAT III (Bund)

**Schriftliche Bewerbungen mit allen üblichen Unterlagen sind bis zum 20. März 1996 an die Bundesgeschäftsstelle der Jungen Union Deutschlands, z. Hd. Bundesgeschäftsführerin Susanne Verweyen-Emmrich, Annaberger Str. 283, 53175 Bonn, zu richten.**

**Junge Union: Susanne Verweyen-Emmrich  
Nachfolgerin von Michael Panse**

**Das hat es in der 49jährigen Geschichte der Jungen Union Deutschlands noch nicht gegeben. Erstmals führt eine Frau die Geschäfte des größten politischen Jugendverbands in Deutschland.**

Die 34jährige Susanne Verweyen-Emmrich ist studierte Diplom-Pädagogin. In den vergangenen vier Jahren war die gebürtige Kleverin als Internationale Referentin in der JU-Bundes-

geschäftsstelle tätig und wechselt jetzt als Nachfolgerin von Michael Panse in die Geschäftsführung. Mitgliederwerbung, Kommunikation innerhalb des Verbandes mit dem Schwerpunkt auf den neuen Bundesländern sowie die Intensivierung der digitalen Informationsweitergabe durch das Internet sind drei Schwerpunkte, die sich Susanne Verweyen-Emmrich in ihrem neuen Tätigkeitsfeld gesetzt hat.

UNION BETRIEBS GMBH  
POSTFACH 24 49  
53014 BONN

Wirtschaft, Arbeit, Zukunft.

Gemeinsam  
für  
Deutschland.

**CDU**

Das ist die neueste Wandzeitung der CDU-Bundesgeschäftsstelle für Ihren Schaukasten. Wenn Sie in den Verteiler für Wandzeitungen aufgenommen werden möchten, wenden Sie sich bitte an Ihre Kreisgeschäftsstelle.

**UjD**

6/1996

**UNION IN DEUTSCHLAND** — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands.  
**Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 5307-0, Telefax (0228) 5307-118/119, **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89, **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich, **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), **Abonnementspreis** jährlich 56,- DM, Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:**  Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.